

## Arbeitsgesetzbuch

*AfD: Wir fordern ein Arbeitsgesetzbuch, das die Einzelgesetze zusammenführt und der überbordenden und uneinheitlichen Rechtsprechung ein Ende bereitet. Damit soll der Arbeitsmarkt von unnötiger Bürokratie befreit werden.*

*(AfD Grundsatzprogramm 2016)*

Das mag im Sinn von Arbeitgebern gut sein, aber viele unserer Gesetze sind Arbeitnehmer\_innenschutzgesetze. Auf der einen Seite würde Schutz wegfallen, auf der anderen Seite würde dadurch die Rechtsprechung auch nicht einfacher werden.

# ARGUMENTE STATT PAROLEN

## BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Landesbezirk  
Hamburg

» Hetzern den Wind aus den Segeln nehmen und stumpfen Parolen stichhaltige, wissensbasierte Argumente entgegensetzen «

Mit den programmatischen Positionen der AfD beschäftigt sich unsere Heftreihe im Taschenformat unter der Überschrift **Argumente statt Parolen**. In sechs Heften wird auf Standpunkte der AfD, die im Grundsatzprogramm der Partei und Vorschläge von AidA, der Arbeitnehmerorganisation der AfD geäußert wurden, eingegangen.

### Betrieb und Gewerkschaft

Gewerkschaft I · Gewerkschaft II ·  
Ausbildung · Betriebsverfassungsgesetz ·  
Mindestlohn · Arbeitsgesetzbuch ·

V.i.S.d.P.: Berthold Bose · ver.di Hamburg · Besenbinderhof 60 ·  
20097 Hamburg · [www.verdi-hamburg.de](http://www.verdi-hamburg.de)

## Gewerkschaft I

*AfD: Gewerkschaften beeinflussen Betriebsräte und schaffen eine Abhängigkeit. Damit beschränken sie den Handlungsspielraum der Betriebsräte. (AidA Arbeitspapier 2016)*

Über die Koalitionsfreiheit im Grundgesetz kann jeder BR frei entscheiden, ob er/sie Teil einer Gewerkschaft sein möchte. Der Handlungsspielraum der Betriebsräte ist im Betriebsverfassungsgesetz eindeutig festgelegt und kann durch Gewerkschaften nicht verändert werden. Gewerkschaften unterstützen Betriebsräte bei der Wahrnehmung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben auf Anforderung.

## Gewerkschaft II

*AfD: Gewerkschaften sind ausschließlich dafür da, um Arbeitnehmer\_inneninteressen im Betrieb und gegenüber Tarifpartnern zu vertreten. Stellungnahmen zu politischen Themen stehen Gewerkschaften nicht zu. (AidA Arbeitspapier 2016)*

Gewerkschaften sind überparteilich aber nicht unpolitisch. Sie sind eine wichtige und beachtete Größe im Kampf um Arbeitnehmer\_inneninteressen auch im politischen Raum.

## Ausbildung

*AfD: Anlernberufe sollen bundesweit ausgebaut werden, um mehr Beschäftigung zu ermöglichen, wenn die schulische Qualifikation nicht ausreicht und Jugendliche keinen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt finden. (AfD Bürgerschaftswahlprogramm Hamburg)*

Anlernberufe werden von Arbeitgebern schon lange gefordert, um mehr billige Arbeitsplätze einzurichten. Damit wird prekäre Beschäftigung gefördert anstatt eine Förderung der Beschäftigten für reguläre Arbeitsplätze vorzunehmen. Diese Forderung führt zu Gewinnsteigerungen zulasten der Arbeitnehmer\_innen und des Sozialsystems.

## Betriebsverfassungsgesetz

*AfD: Betriebsräte sind mehr am eigenen Machterhalt interessiert statt die Interessen der Belegschaft verantwortlich und nachhaltig zu vertreten. Deswegen soll das Betriebsverfassungsgesetz geändert werden und Betriebsräte mit einem Misstrauensvotum einer 2/3-Mehrheit der Belegschaft des Amtes enthoben werden können. (AidA Arbeitspapier 2016)*

Gewerkschafter\_innen wissen, dass Arbeitgeber immer wieder versuchen, einen aus ihrer Sicht zu aktiven Betriebsrat des Amtes zu entheben. Dazu wird Druck auf die Belegschaft aufgebaut. Es gibt die gesetzliche Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens wegen Amtsmissbrauchs. Das ist aus unserer Sicht ausreichend.

## Mindestlohn

*AfD: Die AfD setzt sich in ihrem Grundsatzprogramm für eine deutliche Vereinfachungen der Datenerfassung auch beim Mindestlohn zu Gunsten der Arbeitgeber ein. Auch AidA fordert wie manche Arbeitgeberverbände den Abbau bürokratischer Hindernisse bei der Dokumentation des Mindestlohns. (AFD Grundsatzpapier Juni 2016)*

Jeder Arbeitgeber muss seinen Betrieb so führen, dass seine Lohnausgaben nachvollziehbar sind, denn daran hängt beispielsweise der Arbeitgeberanteil in der Sozialversicherung. Eine sachgerechte Buchführung ist vom Arbeitgeber zu verlangen und bedeutet keinen Mehraufwand. Zudem ist die Einführung des Mindestlohns ein Meilenstein in der Sicherung einer Untergrenze der Arbeitsentgelte.